

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werftätigen Volkes

Abonnementpreis mit der Post: Unterhaltungsbeitrag: 1.00 Mk. pro Jahr. Einmalige Beiträge: 1.00 Mk. pro Quartal. Durch die Post bezogen: 1.20 Mk. pro Jahr. Durch die Post bezogen: 1.20 Mk. pro Quartal. Durch die Post bezogen: 1.20 Mk. pro Monat. Durch die Post bezogen: 1.20 Mk. pro Woche. Durch die Post bezogen: 1.20 Mk. pro Tag.

Redaktion: St. Jungferstraße 14, II. Etage. Dresden. Telefon 3455. Expeditions: St. Jungferstraße 14. Dresden. Telefon 1769. Geschäftszeit: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die Spaltenbreite zu 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstarifen 20 Pf. Interests müssen bis spätestens 1/10 Uhr nach in der Expedition abgegeben sein und sind um sofort zu bezahlen. - Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 283.

Dresden, Donnerstag den 7. Dezember 1911.

22. Jahrg.

## An die Reichstagswähler!

Am 12. Januar 1912 sollen die Reichstagswahlen stattfinden. Kaum jemals zuvor standen die Wähler vor einer so folgenschweren Entscheidung. Von dem Ausgang dieser Wahlen wird es abhängen, ob auch in den nächsten Jahren die Politik der Verdrängung und Ausplünderung weiter betrieben oder ob endlich das deutsche Volk zu seinem Rechte kommen soll.

Bei den Reichstagswahlen im Januar 1907 sind die Wähler von der Regierung und den sogenannten „nationalen“ Parteien hintergangen worden; viele Millionen Wähler haben sich damals in die Irre führen lassen. Der Reichstag des „nationalen“ Blocks von Friedberg bis Bismarck und Kautsky hat das Vereins- und Versammlungsrecht restriktiv gestaltet, den Gebrauch der nichtdeutschen Sprache in Versammlungen beschränkt und den Jugendlichen das Versammlungsrecht zum größten Teil geraubt, hat jede Forderung für Herz, Marine und Kolonien bemißtigt.

Eine ungeheure Mehrzahl des Volkes war die Folge. Trotz der im Jahre 1908 bewilligten mehr als 900 Millionen Reich (Hafnarbeit, Grundbesitzsteuer, Zigarettensteuer usw.), trotz der feierlichen Versicherung der Regierung durch das offizielle Organ, unmittelbar vor der Wahl 1907, daß keine neuen Steuern geplant seien, kam die „Finanzreform“ der 500 Millionen.

Konservative und Liberale traten vollkommen einig darin, daß vier Fünftel dieser gewaltigen Summe durch neue oder durch Erhöhung schon bestehender indirekter Steuern aufzubringen seien zum größten Teil von Arbeitern und Angestellten, kleinen Geschäftleuten, Handwerkern, Kleinrentnern. Da sich die Parteien des Blöckchens aber weder über die sogenannten Besitztümer noch über die Schulpflichtgebühren einigen konnten, so ging das unmögliche Gebilde in die Brüche und der neue innerlich verwandte Block der Ritter und der Heiligen trat in die Brüche und der Reichstag für die Schulpflichtgebühren gerichtet, die Erbschaftsteuer, die nur wohlhabende und reiche Leute hatte treffen sollen, abgelehnt und dem schaffenden Volke Bier, Branntwein, Tabak, Zigaretten, Kaffee, Tee, ja sogar die Weinsteuern, im ganzen um Hunderte von Millionen verteuert. Ebenso volkfeindlich verhielt sich der konservativ-liberale Block bei der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung, die zum guten Teile eine Verdrängung der Arbeiter, ihrer Witwen und Waisen bedeutet. Kaum hat sich den Arbeitern die Aussicht, die für die Altersversicherung mit glänzendem Erfolg für die Versicherer ausgearbeitet haben, verweigert, so hat der konservativ-liberale Block, den Arbeiter und den Säuglingen den notwendigen Schutz und zureichende Pflege.

Es ist begreiflich, daß nach solchen Leistungen immer weitere Kreise erkannten, wie freudlos sich die Reichstagswähler bei den Wahlen im Januar 1907 verhielten. Die Arbeiter und Kleinrentner zum Reichstagswahlblock wie zu den Kandidaten und Gemeinderäten setzten gewaltigen Stimmenzuwachs für die sozialdemokratische Partei. Ihre Gegner wurden infolgedessen immer mehr von der Wahlkampf gepöbelt, und auf der Suche nach einer zuträglichsten Parole für die bevorstehenden Wahlen versetzten die Sozialdemokraten wieder einmal auf den Wahlkampf, den Blick des Volkes von den Junkern im Innern durch eine „nationalen Zeit“ nach außen abzuwenden.

Der Reichstagswahlblock gab willkommene Gelegenheit dazu. Er haben und brühen schürten die kapitalistischen Kriegsinteressenten und die nationalistischen Schwärmer den Wähler und trieben das gefährliche Spiel so weit, daß sich der Reichstagswahlblock schließlich selbst geschwungen sah, seinen junkerlichen Bundesgenossen den Vorwurf ins Gesicht zu schleudern, daß sie den Vaterlandssinn in Partei- und Wahlkampf mißbrauchten. Aber der Versuch, im Interesse der reaktionären Parteien die nationalen Lebensinsten aufzusuchen, wird dennoch fortgesetzt.

Wähler, seid auf der Hut! Bedenkt, daß Ihr am Wahltage die Entscheidung über Krieg oder Frieden in der Hand habt.

Nicht weniger wichtig als für die auswärtige Politik wird der Wahlausgang für die innere Politik sein.

Herr Wölffler erklärte bei den vorigen Wahlen: „Je weniger Sozialdemokraten, um so mehr soziale Reformen.“ Das Gegenteil ist richtig. Das haben die letzten Jahre schlagend bewiesen: Die sozialpolitischen Reformen klappen nicht, geben aber nur sehr spärlich Wohl.

Den Beamten und Staatsarbeitern hatte man, um sie für „nationale“ Reichstagskandidaten einzulangen, Gehalts- und Lohnaufbesserungen versprochen. Man gab den oberen gutbezahlten Beamten mit Schellen, den unteren, die die Aufbesserung am meisten nötig hatten, mit Höffeln. Die beschriebenen Aufbesserungen wurden aber mehr als ausgeglichen durch die neuen Steuern und die wachsende Teuerung.

Dem Volke verweigerte die Regierung, als es bei den immer steigenden Lebensmittelpreisen in keiner Not um Nahrung kämpfte, jede Unterstützung. Und während der Reichstagswahlkampf bedauerte, daß die Presse durch die Schilderung des Notstandes die Preissteigerung verschärft habe, versagten die sogenannten Mittelständler — Zentrum, Konservativ, Antifemiten und ihre Gefolgschaft — jede von der Sozialdemokratie angelegte Hilfe und demagogierten dagegen den Mittelstand als den Lebensmittelpfeiler.

### Neue Steuern, Lebensmittelteuerung, Volkseutrechtung, steigende Kriegsgefahr

— das hat der 1907 mit so großem „nationalen“ Lärm begrüßte Reichstag gebracht. Kann nicht der Reichstag! Wähler Deutschlands, seht für eine andere Mehrheit! Je höher die Sozialdemokratie im Reichstags erachtet, um so schwerer veranlaßt ist der Weltkrieg und die Wohlthat des Volkes! Die Sozialdemokratie erhebt die Forderung der politischen Macht, die jetzt in den Händen der besitzenden Klassen ist und von dieser Minderheit zum Schaden der breiten Massen des Volkes mißbraucht wird. Man demagogiert und deshalb als „Umstürzler“. Trichter Vorwurf! Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ist ebenfremd ewig, wie es frühere Staats- und Gesellschaftsordnungen gewesen sind. Sie wird durch eine höhere, die sozialistische Ordnung ersetzt werden, für welche die Sozialdemokratie kämpft. Dann wird die Solidarität aller Menschen und ein menschen-

würdiges Dasein für alle verwirklicht. Den Weg dazu bahnt die kapitalistische Entwicklung selbst, die alle Kräfte für eine neue Gesellschaft in sich birgt.

Für uns besteht zunächst die Aufgabe, alle Mittel, die uns die Gegenwart in die Hand gibt, zu benutzen, um die vorhandenen Uebel zu mildern, neue Einrichtungen zu schaffen, dazu bestimmt, den großen Massen eine höhere Lebenshaltung zu ermöglichen.

### Daher fordern wir:

Demokratisierung des Staates in allen seinen Lebensbeziehungen, freie Bahn für die Entfaltung aller persönlichen Anlagen und Fähigkeiten, keine Privilegien, die rechte Person an die rechte Stelle. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht vom vollendeten 20. Lebensjahre an für alle Staatsbürger ohne Unterscheid des Geschlechts, und für alle Vertriebenen. Verhältniswahl zur Vereinfachung der mit der heutigen Wahlkreisverteilung verknüpften schreienden Ungerechtigkeiten. Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems. Volle Verantwortlichkeit des Reichsganzlers und der Staatssekretäre. Bildung eines Ausschusses durch den Reichstag für die Kontrolle der auswärtigen Politik. Mitempfang der Volkvertretung über Krieg und Frieden. Zustimmung des Reichstags zu allen Staatsverträgen.

Organisierung der Landesverteidigung auf demokratischer Grundlage. Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht für alle wehrfähigen Männer. Herabsetzung der Dienstzeit auf das zur Ausbildung für die Landesverteidigung unumgänglich notwendige Maß. Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Vereinfachung des Vorrechts des einjährig-freiwilligen Dienstes. Abschaffung aller Prunkes und aller kostspieligen Uniformierung in Armee und Flotte.

Verstärkung der Klassenjustiz und Verwaltungswirtschaft. Reform des Strafrechts, der Strafprozedur, des Verwaltungsrechts und des Strafvollzugs im Sinne moderner Kultur- und Rechtsauffassung. Vereinfachung aller Ausnahmegerichte und ausnahmsweiser Verwaltungsvorgänge.

Sicherung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts für alle Arbeiter, Angehörigen und Beamten.

Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeitsämtern und Arbeiterkammern. Wahl der Arbeiter durch die Interessenten auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. — Aufhebung der Gewerbeinspektion durch Anziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen als Hilfsorgane. Gesetzlich festgesetzter Normalarbeitstag von acht Stunden. Weitere Vereinfachung der Arbeitszeit in gesundheitsgefährlichen Berufen.

Reform der Arbeiterversicherung. Aufhebung der Benachteiligung der ländlichen Arbeiter und der Dienstboten, direkte Wahl der Vertreter, Erweiterung des Rechtes der Arbeiter in den Vertretungskörpern, Erhöhung der Leistungen, Herabsetzung des Alters für den Bezug der Altersrente von dem 70. auf das 65. Lebensjahr, anstimmliche Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung, Stillschließung und unentgeltliche Hebammen- und Arzt-Hilfe.

Volle Religionsfreiheit. Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. Keinerlei Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche Zwecke.

Allgemeine unentgeltliche Volksschule als Grundlage des gesamten Bildungswesens (Einheitschule). Unentgeltlichkeit der Vermittel, Freiheit für Kunst und Wissenschaft.

Herabsetzung und schließlich Vereinfachung der indirekten Steuern und Aufhebung der Lebensmittelzölle. Vereinfachung der Zölle auf Futtermittel. Aufhebung der Einfuhrzölle. Beschränkung der Kontrolle bei Einfuhr von Vieh, Geflügel und Fleisch auf die unumgänglich notwendigen sanitären Maßregeln. Entsprechenden Abbau der Industriezölle, welche die Konkurrenz- und Ringbildung begünstigen und dahin führen, deutsche Industrieerzeugnisse billig dem Auslande zu liefern und sie dem inländischen Verbraucher um so teurer zu verkaufen.

Unterstützung aller Maßregeln, die Handel und Verkehr fördern. Aufhebung der Hafenzollsteuer und des Frachtdienststempels.

Stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern, zumal diese Heranziehung der Wohlhabenden und Reichen zugleich das wirksamste Mittel ist, den Schrei unserer zahlungsunfähigen Patrioten nach immer neuen Steuern- und Flottenvermehrungen zu dämpfen.

Innere Kolonisation zwecks Steigerung der Erzeugung von Nahrungsmitteln: Ueberführung des Großgrundbesitzes in Gemeineigentum. Gründung und Förderung von staatlichen Rasteranstalten und Landwirtschaftsschulen. Urbarmachung der Moore, des Sumpfs, Odes und Unlandes. Abwehr aller Versuche, die Unterjochung und Ausbeutung fremder Völker durch die Mittel der Kolonialpolitik herbeizuführen.

### Wähler Deutschlands!

Eine neue Flottenverlagerung und eine neue Militärverlagerung stehen in sicherer Aussicht, die die Steuerbelastung um Hunderte von Millionen abermals steigern werden. Wie bisher schon, so werden auch weiterhin die Herrschenden versuchen, die neuen Lasten auf die Schultern der Rinderdemittelsten zu wälzen und damit die Existenz der Familien weiter zu erschüttern.

Wegen darum auch die Frauen, auf denen die Würde des Haushalts in erster Linie ruht, die heute selbst noch politisch rechtlos sind, an der Ausübungsbereitschaft teilnehmen und sich entschließen in den Dienst unserer Sache stellen, die auch die ihre ist.

Wähler Deutschlands! Seid Ihr mit diesen grundsätzlichen Auffassungen einverstanden, dann geht bei der Wahl am 12. Januar den sozialdemokratischen Kandidaten eure Stimmen. Helft dem Grund legen zu einer neuen, besseren Gestaltung unseres staatlichen und gesellschaftlichen Daseins, der die Devisen tragen soll:

Loh der Not und dem Mühsal!  
Arbeit, Brot und Gerechtigkeit für alle!  
Euer Schlachtruf am Wahltage sei:

## Es lebe die Sozialdemokratie!

Dresden, den 5. Dezember 1911.

Partei Vorstand und sozialdemokratische Fraktion des Reichstags.